

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schiff-Konto: Hannover 57613

Der Abonnementpreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1000 Mark. — Fests- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen



Berater für den Inhalt: Karl Schub, Bochum. Druck: H. Handmann & Co., Bochum | Telefon-Nummer: 88, 89, 90
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Straße 38/42 | Telegramm: Altvorstand Bochum

Organisation ist eure Stärke!

Den besten Handel, die edelste Sache, die heiligste Sache... in euren Händen ist sie gewest wie ein Kleinod im Saustall.

Die Erregung über die traurigen Ereignisse im Ruhrgebiet flout rasch ab, viel rascher, als dies nach der Furthbarkeit der Ereignisse sein dürfte. Nicht über die unnütz geopferten Toten und Verwundeten debattiert man in erster Linie; sondern vorwiegend dreht sich alles um die Fragen: Wer ersezt uns die verlorenen Schichten? Was wird bei der neuen Lohnforderung herauskommen? Wenn diese Zeilen in die Hände der Kameraden kommen, kennen sie die Antwort auf diese Fragen. Und wenn sie die rechte Lehre daraus ziehen, so werden sie erkennen, daß der Weg richtig war und richtig ist, den unsere Organisation ging und in Zukunft gehen wird.

Über daß die breite Masse der Schaffenden im Ruhrgebiet sich nicht so intensiv mit den eigentlichen Ursachen und Lehren der lebten Bewegung beschäftigt, ist ein Beweis dafür, wie traurig es mit der wirtschaftlichen Lage unseres Arbeitsvolkes bestellt ist. Instinktiv führt es den Abwehrkampf an der Ruhr als etwas Naturnotwendiges, als etwas, das ja nicht anders sein kann, will man nicht selbst mit schuld sein an Schlimmem. Geduldig trägt es die Leiden der Besatzung, frölichend verlassen Hunderte mit ihrer Familie auf Feindesgebot die lieb gewordene ärmliche Wohnstätte, an deren einzelnen Einrichtungsstücken das Herz der ausgewiesenen Mutter um so mehr hängt, je mehr sie sich die Mark für jedes einzelne Stück groschenweise am Mund abschärt hat. Trocken lädt es sein Gedanke daran, sich gutwillig dem Gebot des Siegers zu fügen.

In Sünttib, sagen wir, führt das Volk an der Ruhr diesen Kampf als bittere Notwendigkeit. Würde es in seiner Mehrzahl diesen Kampf bewußt, in voller Erkenntnis seiner Tragweite führen: nie hätte es zu den Ergebnissen der letzten Wochen kommen dürfen.

Wir haben vor einer Woche an dieser Stelle über die schweren Ursachen der Putschbewegung gefragt, was notwendig war. Keine Entschuldigung vermag die Sünden von Regierung, Unternehmern und Wirtschaftshänen

zu verkleinern oder aus der Welt zu schaffen. Ohne zwangsläufige Notwendigkeit, nur aus elender Gewissenssucht trieben unsere Wirtschaftshänen Dollar, Preise und Volksnot in die Höhe. Kurzfristig verharren Regierung und Unternehmer bei ihrer Ansicht von der Notwendigkeit, die Löhnne niedrig zu halten. Nun aber antwortet auch handelt die Mehrheit der Gesetzgeber, indem sie, hypnotisiert von der Phrase des "heiligen Eigentums", die Maßnahmen versäumte oder sabotierte, die notwendig waren, um den Lebensmut, ja das nackte Leben der breiten Klasse der arbeitenden Bevölkerung zu schützen. Sie überließte diese Bevölkerung der Vergewaltigung, aus der erst die Saat sprühen konnte, die Phantasten hineinsäten.

Auf alle, die diese Vergewaltigung durch Wucher und Profitsucht, Klassenegoismus und politische Unfähigkeit gespielt haben, trifft das Dichterwort zu, daß für sie eine heilige Sache gewesen ist wie ein Kleinod im Saustall.

Jetzt endlich legt auch ein Zentrumsblatt, die "Tremontia" in Dortmund, den Finger in eine löse Wunde, wenn es schreibt:

Es ist wahr, es sind Fehler gemacht worden, schwere Fehler, nicht nur in der Führung unserer auswärtigen Politik, sondern auch in der Art und Weise, wie der passive Widerstand aufgezogen und durchgeführt wurde. Vor allem durften die Kosten der passiven Abwehr nicht einfach durch militärische Gaben und sorgierten Papiergelddruck "gedeckt" werden. Man wiederholte damit den Fehler, den Kriegserfolg während des Krieges gemacht hatte, indem er die ganzen Kriegskosten nicht durch Steuern, sondern durch "Anleihen" zu "beden" sich bemühte. Eine solche Finanzpolitik mußte zudem über die Erfolgsmöglichkeiten der passiven Abwehr übertriebene Vorstellungen erwecken.

Es ist nicht unsere Sache, vom Partei standpunkt aus die Taten und Unterlassungen der Regierenden in Deutschland zu untersuchen, aber wenn man bedenkt, in welchem Geheimhügeln Busamien han an steigende Papiergelddruck und steigende Leistung stehen, so hat die von dem Zentrumsblatt berührte Frage das größte Interesse auch für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und weist ihn gwingend in das Heerlager derjenigen, die solche Politik, solche Begünstigung der Besitzenden bekämpfen.

Aber auch für die Anderen war die heilige Sache ein Kleinod im Saustall!

Über die politischen Motive und Ziele, die mit dem Ruhrputz von dieser angeblich revolutionären Seite verfolgt wurden, braucht man kein Wort mehr zu verlieren. Die Aufrufe und Gekratzel, die die KPD und Union während der Kampfphase losliessen, reden hier deutlich genug. Möhrboden, tiefste Ursache der Bewegung war der Hunger, das Elend der Bevölkerung. Aber dies Elend war im Bezirk Essen, in dem von 59 Schachtanlagen nur in den letzten Tagen 13, davon nur 3 freiwillig, streitten, nicht geringer als in Dortmund und Bochum, es war auch

nicht geringer am linken Niederrhein, im Bezirk Mors, wo niemand streikte, nicht geringer in Hückelhoven und anderen Bezirken, wo die Streikbewegung nicht über schlichte Anfänge hinauskam.

Triebsfeder zur Streikprovokation bei unseren Linkenradikalen war die Gewaltanwendung, in dem kann sie sich ebenso befinden wie ihre Antipoden von rechts.

Für die Weltrevolution wollen sie kämpfen und arbeiten doch nur der Weltreaktion in die Hände.

Es gibt eine solche Weltreaktion, d. h. in den verschiedensten Teilen der Welt sind reaktionäre Strömungen heute stärker als früher. Italien mit seinem Faschismus ist einstweilen ein solcher Ort der Reaktion, Ungarn ist es, Bayern ist es! Aber ist es nicht eigenartig, daß alle die Staaten vorher Schauspieler einer Politik waren, die Diktatur für das Allseitmittel hielt und so auch eine heilige Sache als Kleinod im Saustall behandelte?

In England ist für solche Reaktion kein Boden dank der hohen Einstellung seiner Arbeiterklasse, die ohne Revolutionärsromantik sich zu einer immer unwiderrücklicheren Macht entwickelt.

In Deutschland hat solche reaktionäre Strömung Nahrung gezogen und zieht sie jeden Tag aus der brutalen Vergewaltigung des deutschen Volkes durch einen Gegner, den finanzielle Not, zu Unrecht eingebildete oder vorgesetzte Angst um seine Sicherheit, den vor allen Dingen aber reaktionäre imperialistische und konservatistische Eliten auf einem Wege vorantreiben, der zu unserem wie zu seinem Unheil ausüberschlagen muss, wenn er nicht bald verlassen wird. Aber ebenso und noch mehr hat die Reaktion bei uns Nahrung gezogen und zieht sie noch heute aus der Politik derer.

die Schindluber spielen mit dem heiligen Kampf des armen Volkes um seine Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Es ist ja so leicht, hungrende Massen zur Unvernunft zu verleiten, denn: In hungrige Mägen nur Eingang finden Suppenlogik mit Knödelgründen.

Gleich verstandene Klassensolidarität und Verzweiflung ließen die Saat der Radikalen in den letzten Wochen in die Palme schießen, Vergewaltigung, die nach jedem Zaubermittel eines Schoralats greift und falsch verstandene Klassensolidarität, die sich nicht wehrt gegen Phantasten und Verbrecher aus der eigenen Klasse. Nur so konnte die Bewegung werden, nicht so groß und vor allen Dingen nicht so freiwillig, wie KPD und Union lügen, aber doch so traurig und blutig, wie wir es erleben.

Wir haben nicht zu bereuern, unter Verband geht eine gerade Linie zielbewusster Arbeitervertretung, die er nicht verlassen darf. Klar im Kampf gegen den Kapitalismus, dessen Mauern man nicht mit dem Kopf einrennt; klar in seinem Kampf gegen jede Reaktion; aber auch klar in seiner Stellung zu ideologischen Verrantheiten, klar in seiner Stellung gegen Gewalt als Mittel im Kampf des Proletariats.

Rascher als ihr denkt, kommt der neue Kampf, sagten uns in den letzten Tagen die falschen Freunde der Arbeiterschaft von links. Wir antworten: Wahrscheinlich kommt bald ein neuer schwerer Kampf, dessen Aufgabe es ist, Existenz, Gesundheit und Leben der breiten Volksmasse zu schützen gegen den Egoismus und die Herrschaft Weniger.

Aber diesen Kampf gewinnen wir nur von der Plattform der demokratischen Republik mit den Mitteln des Kampfes, die jahrzehntelange Erfahrung uns als Flug und Wirklich erkunden lehrt, nicht mit roher Gewalt von Klassengenossen gegen Klassengenossen.

Im Ruhrgebiet wie in Mitteldeutschland, am Rhein und in Schlesien, überall ist die Not des Volkes gleich groß. Größer droht sie zu werden und wir überwinden sie nur, wenn jeder Verbandskamerad alles baran setzt, seine Organisation durch starke Werksamkeit groß und stark einzugliedern in das Heer der Arbeit,

das einig und geschlossen jeden Feind über den Haufen rennt, zerrißt und zerplättet aber zum Spielball seiner Gegner wird.

Das Angebot der Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich der Regierung gegenüber zu einer Fassung der deutschen Wirtschaft für die Reparationsbestimmungen erboten. Die Industrie soll 300 Goldmillionen, die Landwirtschaft 200 und die Finanz 100 Goldmillionen übernehmen. Die Bedingungen, unter denen die Industrie für möglich hält, sind für die Arbeitnehmer, sofern möglich und tatsächlich, sie bedeuten Abbau des Achthundertags, Beseitigung der Zwangswirtschaft auch für Rohstoffe usw. Im Einzelnen sagt die Denkschrift der Gewerkschaften zu dem Angebot das, was arbeitsrechts zu sagen ist. Zu bemerken wäre noch, daß die Befreiung der Wirtschaft von unproduktiven Böhnen sicherlich auch als ein Schlag gegen die Betriebsräte gedacht ist.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften.

Die freien und fiktiven Gewerkschaften haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie Stel-

lung nehmen zu der Denkschrift des Reichsverbandes. Die christlichen Gewerkschaften haben sich dem Schrift nicht angeschlossen, wohl weil, wie aus der Zentrumszeitung hervorgeht, die Stellungnahme in diesen Kreisen nicht einheitlich ist. Der "Deutsche" ist mehr erfreut als entsetzt über das Angebot und seine Bedingungen, während andere christliche Gewerkschaftskreise schwere Stellung zu dem Angebot und seinen Bedingungen nehmen. In der Anlage der gewerkschaftlichen Denkschrift, die sich mit den Einzelheiten des Angebots beschäftigt, heißt es u. a.:

Die Einheit und die Freiheit des Reiches werden gefährdet, wenn der private Sektor für die Verpflichtungen des Reiches nicht ausreichend mit herangezogen wird.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erkennt diese Notwendigkeit zwar grundsätzlich an. Er will aber den Privatsektor nur in vorübergehender Verbindung und nur insofern verpflichtet lassen, als er in unbeweglichem Vermögen verfügt ist. Das gesamte bewegliche Vermögen soll also von der Finanztrutzung ausgeschlossen sein. Hierzu fehlt jedes Berechtigung.

Sowohl eine vorübergehende Verbindung von Sachverständigen erfordert wird, ist sie an so viele Voraussetzungen geknüpft, daß das Angebot seinen Hauptwert verliert. Die Rückichtnahme der Industrie auf ihre Interessen läßt die Interessen der Gesamtheit viel zu kurz kommen.

Es fällt auf, daß nach Meinung des Reichsverbandes:

a) aus den staatlichen Pfandobjekten, sofern sie nach privaten wirtschaftlichen Grundsätzen ertragfähig werden, in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Goldmillionen, vielleicht eine Milliarde und mehr, herausgewirtschaftet werden können, während b) die gesamte deutsche Wirtschaft unter Ausspannung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten nur eine Höchstleistung bis zu 500 Goldmillionen aufbringen könne.

Wenn Eisenbahn und Post, diese Hilfsbetriebe der deutschen Wirtschaft, in der Hoffnung den angegebenen Beitrag zu leisten sollen, ist es geradezu unverständlich, daß die Leistungsfähigkeit der ganzen deutschen Wirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen geschränkt wird. Das Mißverhältnis zwischen den geschäftigen Erträgen der Staatsbetriebe zu dem angebotenen Ertrag der deutschen Wirtschaft ist sachlich nicht zu erklären.

Es ist irreführend, wenn der Reichsverband den Kapitalwert der von der deutschen Privatwirtschaft zu garantiernden Jahresleistung auf mehr als die Hälfte seines gegenwärtigen Verkaufs Wertes setzt. Danach würde der Wert der gesamten deutschen Wirtschaft nur auf rund 20 Goldmillionen anzunehmen sein. Diese Schätzung ist unzulänglich.

Die grundsätzliche Fehlhaltung des Staates von der privaten Güterzeugung und -verteilung ist unmöglich und widerspricht der eigenen Forderung des Reichsverbandes, die Staatsbetriebe in erster Linie für die Haftung des Reiches heranzuziehen. Die Außenlast des Staates für Reparationsverpflichtungen erfordert einen Ausbau und eine Leistungsfähigkeit der Reichsbetriebe im Weltmarkt mit der privaten Wirtschaft.

Das Schreiben des Reichsverbandes verlangt Aushebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich der Außenhandelskontrolle. Die Kriegs- und Zwangswirtschaft ist — zum Nachteil der breiten Massen — zum größten Teil abgebaut. Dies trifft zu im besonderen für die Lebensmittelversorgung mit Ausnahme von Brot, Milch und Zucker; aber auch hier ist die Zwangswirtschaft derartig gelöscht, daß die Preise dem Weltmarktpreis stark genähert und hauptsächlich nur noch Verteilungsvorschriften übrig geblieben sind. Die Außenhandelskontrolle, die eingeführt wurde, um die deutsche Wirtschaft vor Subsistenzverlust zu schützen, befindet sich in völliger Selbstverwaltung der Wirtschaftskreise und ist zu einem wesentlichen Teile abgebaut. Eine sofortige

Aushebung der Demobilisierungsvorschriften ist für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar.

Ihre Verordnungsform trägt schon der Erwartung eines vorübergehenden Zustandes Rechnung. Die sozialen Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge, Arbeitszeitregelung, Tarifverträge, Schlichtungswesen usw. beruhen auf Demobilisierungsgesetz; sie werden in absehbarer Zeit durch Gesetz abgezogen. Ihre sofortige Aushebung ist ganz unmöglich.

Die Forderung nach einer Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsgerichtamt in wirtschaftlichen Streitigkeiten von allgemeiner Bedeutung enthält einen so überaus bedauerlichen

Mangel an sozialer Einsicht

gegenüber den unter den Nachwirkungen des Krieges leidenden arbeitenden Volksstücken, die schon heute der Vereindung in hohem Maße ausgesetzt sind, daß es schwer fällt, diesen Rückfall in das triste Manchesterum

sachlich zu charakterisieren.

Wir befürchten den Grundmangel der gegenwärtigen Steuergesetzgebung, die systematisch Steuern aufeinander häuft. Viel schlimmer noch als jener Mangel sind die Wirkungen. Die Geldentwertung hat erhebliche Teile der Steuergesetzgebung praktisch fast bedeutungslos werden lassen, so daß vor einer Heranziehung der Gesamtheit des Volkes nach Wiedergabe der Kräfteverhältnisse heute nicht die Rede ist. Eine Gabe der Steuermoral liegt voraus den Vergüt der Industrie und der übrigen Wirtschaftsteile, noch länger Autarbeiter der Selbstentwertung bei der Steuerleistung zu sein, wie es vor allem durch die geltenden Bestimmungsvorschriften ermöglicht wird. Einer sinnvollen Steuerreform zum Zwecke der Ausbalancierung des Haushaltes müssen folgende Richtlinien zugrunde liegen:

1. Organische Zusammenlegung und Vereinfachung der derzeitigen Steuern nebst Vereinfachung des Steuerverwaltungsbepaats.

2. Selbstständige Anpassung der Steuern an den sich ändernden Markt Wert nebst Automatisierung des Steuerverwaltungsbepaats.

3. Schaffung einer wirklichen allgemeinen Quellensteuerung im Sinne einer Erfassung der Sachwerte, die allein (nebst wirtschaftspolitischen Maßnahmen) zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Inflation führen kann.

Der Reichsverband verlangt den vollen Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Erhöhung der Produktion also eine Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung.

Wir stellen den Widerspruch zwischen dem vollen Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Erhöhung

der Produktion und der Entlassung der Wirtschaft vom unproduktiven Leben fest. Eine Fortsetzung bedarf nicht nur die Ausgestaltung aller Beschäftigten, sondern auch die Auskennung des Kapitals auf volle Beschäftigung. Denn wo anderseits der Arbeitnehmer die Mittel zu seiner Existenz benötigt, kann das Staate zugleich das Recht der Fürsorge befristen, nicht weiterbedeutende Entlassung aller nicht von Verwendung wertigen, also

Nebenlieferung an Hunger und Not.

Große die Entlassung der Arbeitnehmer, die teilweise und periodischen Betriebs einschränkungen und Stilllegungen wiesen der Steigerung der Produktion entgegen und erfordern auch deren qualifizierte Bewältigung.

Wenn daneben die Industrie den Tag für Tag tag ständig ausweiterbar wissen will und lediglich Erhöhung der Preisfreiheit verlangt, so könnte das zu dem Glauben verleiten, die Arbeitgeberseite hätten sich mit dem gesetzlichen Arbeitstagsatz abgestimmt und wollten sich mit den sozialen geregelten Ausnahmen begnügen. Der Hinweis auf die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrates bestätigt aber im Gegenteil, daß die Unternehmer die lange gesetzliche Ausnahmen in den vorliegenden Arbeitszeitverhältnissen nicht zu verzichten gedenken. Hierdurch würde über sozialistische Regelung der Ausnahmen überflüssig, weil die Ausnahmewelt über Bedarf durch gesetzliche Regeln gedeckt würden.

Die Vorderungen besagen nichts anderes als: Sozialer Punkt auf die Arbeitnehmer mit voller Einführung der Arbeitszeit für quantitative und qualitative Regelung der Produktion durch gesetzliche Verbildung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit, unterstellt durch unbeschränktes Entlassungsrecht des Arbeitgebers. Es bedeutet ferner die Abschaffung des dem Besitz aufzuerlegenden Teiles der

Reparationslasten, auf die es sich bezieht, wenn sie dann durch Arbeitgeberseite nicht durchgeführt werden, sind geschuldeten Wirtschaftsausnahmen, die im Rahmen des für Durchführung der sozialen Arbeitssatzes bestimmt sind.

Unauslösbare Forderungen und sozialistische Ausnahmen entbrennen, dann die Gewerkschaften schreien, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Söhnen von heute um ein ganz beträchtliches unter den früheren Lebensstandards gefallen ist, bezeugt sich mit wenigen Ausnahmen an der Grenze der nächsten Existenzsicherung. Dieser Zustand ist untragbar aus sozialistischer Sicht, auch das kann nicht anders aus, daß Dauerhaftigkeit ertragen wird. Gute Autos ein 60-Millionenwohl mit einer 100-Millionenwohl-Hochsaison, seine Waren auf den Weltmarkt wirkt.

Die deutschen Arbeiter müssen wieder zu einer Lebenshaltung gelangen, die mindestens dem durchschnittlichen Stande in den Industrieländern Europas entspricht. Nicht nur auf dem Voluntadumping, sondern auch auf diesem gesunkenen Lebensstandard der deutschen Arbeiter beruhen abgesehen in der Nachriegszeit die Exportgewinne der deutschen Industrie.

Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Verfehlung des Arbeitstagsatzes und nach Kulturs Herabstufung ihrer Lebenshaltung die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Arbeitstagsatz, ihn werden sie sich zu erhalten wissen.

Zusammenfassend erkärt wir, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparation nicht gegeben ist.

In einer gesunden Lösung des Reparationsproblems mittäglich, betrachten die unterzeichneten Gewerkschaften auch weiterhin als ihre Aufgabe.

Die Könige der Republik.

Dr. Pinnecker veröffentlicht im "Berliner Tageblatt" vom 3. Juni einen Artikel, der die Vorgänge in unserer Wirtschaft so scharf und klar beleuchtet, daß wir eine Auseinandersetzung abgehen glauben, wenn wir diesen Artikel eines bürgerlichen Wirtschafters unseren Kameraden nicht zur Kenntnis brächten. Um so mehr, da wir in der "Deutschen Bergwerks-Ztg." vom 3. Juni lesen, daß die wohinwährenden Kursteigerungen in Montanunternehmen nicht zuletzt auch davon beeinflußt wurden, daß man immer noch an eine Verschärfung der deutschen und französischen Schwerindustrie über das Ruhrproblem glaube. Neue Nahrung erhält dieser Glaube durch Seiten des Herrn Stinnes nach Italien und der Schweiz, wo er in Zürich Zusammenkünfte mit französischen Industriellen gehabt haben soll. Dr. Pinneckers Artikel lautet:

Während die produktiven Stände sich nach langem Drängen ein Garantieangebot von Herzogen getragen haben, dessen Zahlungen sich ungefähr so auszeichnen, wie die ins Einzigste verdrehten Kapitalmarktbildenden, die von unseren Aktiengesellschaften aus ihren zum weltweit größten Teil reservierten Goldmarktgewinnen ausgefüllt werden, ziehen die großen Trusts mit der ruhig und unbekannt weiter ihre vertikalen und horizontalen Ketten und legen immer neue Ringe an ihre in allen Säcken quellenden Trunkräume an. Besonders Hugo Stinnes, dieser Fanatiker der vertikalen Vertretung, löst kaum eine Woche vorstreich, ohne seinen gehaltigen Industriekette eine neue Produktion einzufügen. Vor kurzem hat die seinem Kommando unterstehende Siemens-Mittelelektro-Union die beiden politisch gebundenen Oberklassevereine, Rottweiler Bergbau-A.-G. und Bismarckhütte, erworben. Die Börse, die der Ansicht war, daß der Stinnesche Montanunternehmen sich weisend und alle Gewinnabilitäten ins Auge fassen, schon vorher einen Substanzverlust auch für eine etliche Abtreitung von Anteilen setzte, räumt in einem schriftlichen Bericht an die Franzosen, die bei der Liquidation der Aufräumung vielleicht noch dem Stinneschen Beispiel im Saargebiet aufmerksam werden könnte, begrüßt diese aus betrieblichen Gründen und Zusammenhängen sonst kaum verständliche Transaktion mit einer Jubelhalle für alle Stinneswerte; denn sie glaubt nur einmal an die glückliche Hand des Millheimers und überdies erinnert sie sich noch ganz genau an den laufenden Valutasegen, den die Hörner der Stinneschen Werke bei ihren Transaktionen mit dem französischen Kapital davongetragen haben. Das große oberösterreichische Geschäft der Stinnesgruppe war eben erst perfekt geworden, als Hugo einen neuen Kreis, an dem er sicherlich nicht erst heute und gestern gezeigt hat, aufzumachen schloß. Um die Mittwoch-Montanwerke, dieses alte österreichische Braunkohlenwerk im böhmischen Reichenau, das Stinnes seit einigen Jahren besitzt und das eine ausgebliebene chemische Verarbeitung bituminöser Braunkohlen auf Mineralöle, Paraffin, Montanwachs usw. als besondere Spezialität hervorhebt, hat er ein neues Öl-Trusts gekauft, dessen weitere Gläubiger die A.-G. für Petroleum-Industrie und die Oleo-Gesellschaft, seines der eigenen Stinneschen Betriebs-Importbetriebe und ein paar Schmiedehandelsfirmen bilden, die er schon vor einiger Zeit in seine Hände gegeben hatte. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Hugo Stinnes' Erfolg sich damit begnügen wird, in der Oelindustrie Fuß zu fassen, wie er bereits in Düsseldorf und anderen Industrie- und Handelszentren zu einer Reihe weiteren Betrieben werden könnte, und er träumt möglicherweise, daß er dann der Mann sein würde, der das die Königtum dieses Vereinigten Trustreichs auf sein Haupt legen kann.

Man wird Herrn Stinnes das Zugeständnis machen müssen, daß er, der so viele Gewinne aufgezogen hat, und der als Geschäftshandler nicht minder bedeutend und nicht minder ergonomisch wie als Großproduzent, doch niemals einen Kontakt mit Sachverhalten geweist ist. Bei manchen seiner Pläne, wie z. B. bei dem großen Anteilssatz der Berliner Handelsgesellschaft, hat man den wirtschaftlichen Sinn der Erwerbung bis heute noch nicht erkannt, und hier und da hat man den Eindruck, daß es Stinnes möglicherweise großen Objekten nur deswegen faßt, weil es nicht "sein" liegen könnte. Trotzdem hat er doch niemals Sachverhalte gezeigt, um sie wieder zu kaufen, sondern immer nur zu kaufen, was er einmal gekauft. Daraus läßt sich der Eindruck ziehen, daß Stinnes kein Industriemann ist, der nur die nächsten Ziele und die nächsten Vorteile sieht, gekennzeichnet durch ein Maximal, was er nur auf das Gedächtnis ankommt. Er lebt in einer wirtschaftlichen Weltanschauung und glaubt sich zu einer wirtschaftlichen Weltanschauung zu passen, die er wahrscheinlich darin, Erziehung in das diesbezügliche Scheitern in der Wirtschaft und Gegenwart in unserer privatrechtlichen Sphäre zu bringen. Verbindungslinien zwischen den einzelnen Unternehmen der selben Industriegruppe zu ziehen und Beziehungen zu anderen Industrien herzustellen, durch Möglichkeiten der gegenseitigen Verstärkung im Sinne von Ausgaben- und Materialübertragung auf der einen Seite und Wirkungssteigerung auf der anderen Seite herbeigeführt werden. Es handelt sich, wenn sozialistisch betrachtet, dabei eigentlich um dasselbe, was auch früher einmal die sogenannte "Montanwirtschaft" wollte. Der Name noch bestehen allerdings jetzt großUnterschiede. Die Montanwirtschaft war ein sozialistisches Kapitalistisches Koordinationszentrum mit sozialstaatlichen Tendenzen und bürokratischen Taktiken. Das System auf das St. organisierten scheint, ist eine monarchische Hierarchie auf rein- und hochkapitalistischer Basis, ein Trust oder Trusts, ver-

einheitsförderer, haben sich weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausgedehnt und ihre Macht aus und für die Auslandsgesellschaften zu benützen.

Dort nimmt und die Autokratie der Montanwirtschaft in den Industrieländern auf, sondern sie sind ebenso weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausgedehnt und im Auslande verstreut. Und die Montanwirtschaften haben das die Voraussetzung des aufkommenden sozialstaatlichen Interesses, sondern sie sind ebenso weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausgedehnt und in erheblichem Umfang und noch denselben harten System der Systemlosigkeit zu schaffen, das sie auch im Innern anwenden, das aber draußen noch viel weniger verstanden wird als bei uns. In einer Zeit, in der die deutsche Entwicklung und die deutsche Industrie sich stets als unsfähig zur Lösung von Reparationsverpflichtungen bezeichneten, muß ein solches Verfahren auch dann einen höchst ungünstigen Einfluß haben, daß man die Montanwirtschaften nicht ausreichend gewesen wären, um auch nur eine oder eine halbe Jahrhundert der überkommenen Reparationsforderungen zu bezahlen. Denn in der Politik kommt es sehr häufig nicht so sehr auf die tatsächlichen selbst als auf den Eindruck, der von ihnen ausgeht. Auch hier wird natürlich das privatwirtschaftliche Substanzwertprinzip mehr dadurch bestimmt, daß man die Montanwirtschaften, aber solchen Auslandsinvestitionen würden ausländische Quellen zur Verbesserung der deutschen Handelsbilanz werden. Voraussetzung aber die Ergebnisse dieser Quellen meist im Auslande selbst aufzumachen werden, und die Zukunft muss im voraus, wie voraus, wie nützlich beratige Auslandsinvestitionen für uns in den oder zwanzig Jahren sein werden, vermag uns nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sie in der Gegenwart unsere wirtschaftliche Lage nicht verbessern, sondern außerordentlich verschärfen. Bei all der gesetzlichen Tüchtigkeit und Schärfe, mit der solche privatwirtschaftlichen Transaktionen oft ins Werk gesetzt werden, ist das System, das sie duldet und fördert, doch das kürzlichste, das man sich denken kann. Was nicht uns der große deutsche Wirtschaftsstruktur, an dem Stinnes und seine Freunde unablässlig gernmachen, was nützen uns die neuen ausländischen Stützpunkte dieser Trusts, die Maschinenfabriken in Argentinien, die Großbetriebe in Argentinien, die Handelsgeschäfte in Uruguay, auf dem Balkan und sonst wo, wenn durch beratige angeblich in die Zukunft ziehende Unternehmungen die materiellen und theoretischen Mittel verdeckt oder falsch angewendet werden, deren gegenwärtige Einschätzung an der richtigen Stelle uns vielleicht die Hoffnung bietet, daß große deutsche Wirtschaftsgebiete und den ebenfalls deutscher Wirtschaftsverbund zusammenzuhalten, ohne die ja doch alle solche weitragenden Wirtschaftsgebilde der trostlosen Grundlage entbehren und in sich zusammenfallen würden?

Wer erkennt sich nicht, wenn er das großartige, unruhige, der letzten niedersten Höhepunkt illusionistisch ausweichende Verhältnis unserer Trusts betrachtet, wenn er ihrer vollständig unschädlichkeit, ja vielleicht sogar Unmöglichkeit inne wird, die internationale Wirkungen ihrer Handlungen und Worte richtig abzuschätzen an ein anderes geführtes Land, das ebenso unruhig, übergeschäftig und genialisch die Welt in Atem hält, sich an den Transaktionen kühnsteriger Vorstellungsbereiche und damit den ruhigen, müßigen Gang der Politik seines Landes, aufschwierige geführt hat? Der politisch-monarchistische Gebanke ist heute in Deutschland trotz der wilden Agitation gefüllter anachtonischer Rückstände aus der alten Ära keine Gefahr mehr für Deutschland. Die wirkliche Gefahr sind die wirtschaftlichen Trusts, deren Herrschaft heute weitreichender und abholzender ist, als es die Wilhelm'sche Provinz jemals zu sein vermochte. Und dabei unerträglichster. Denn es ist ja wenigstens in formal-rechtlichem Sinne - Privatbesitz, den sie verwalten, und ihre Handlungen sind, trotz der gewaltigen Reichweite, die sie für das Volk und den Staat haben, Selbsthandlungen. Dafür ist uns aber wirklich längst darüber im unklaren, daß ein ehemaliger Machthaber wie Hugo Stinnes heute im Auslande wirklich genau so als deutscher Typus und deutscher Repräsentant und zwar gegen Deutschland, wie wie Seiner Kaiser Wilhelm, und daß das deutsche Volk heute ebenso für ihn verantwortlich gemacht wird, wie es Seiner Kaiser Wilhelm verantwortlich gemacht wurde - Wie im Innern dürfen für die Folgen, die daraus entstehen können, nicht blind sein, weil dieser Stinnes persönlich ein untrüglicher Mensch, weil er sachlich gewiß ein Römer ist und den Stempel des Römerschreins an der Stirn trägt, während es sonst in Deutschland leider keinerlei Raum so etwas wie Führungshaltung gibt. Daß ein Volk das Bedürfnis hat, geführt zu werden, ist verständlich, aber es darf nie zu fragen aufzören: Wohin?

Meldungen aus der Montanindustrie.

Belgiens Kohlenbergbau.

Der Einbruch an die Röte mit dem Ausbleiben der Reparationslasten zwang die belgische Kohlenindustrie zu erheblicher Verkürzung. Im Januar 1923 war die Förderung von Steinkohlen bei 1904.000 To., im Februar 1923 91.000 To. höher als im Monatsdurchschnitt 1913, im März 1923 114.000 To. höher als im Monatsdurchschnitt 1922. Die Röte im Februar brachte einen Rückgang der Förderung von 4.1 auf 3.36 Millionen, eine Vernahme der Förderung um mehr als die Hälfte, der Verlust betrug 1.6 Millionen To. Im März wurden wieder 1.92.000 To. erzielt.

So wie produziert im Januar 224.000 To., im Februar 29.000 To., im März 335.000 To. Die Rohproduktion füllt sich wesentlich auf Auslandslösche, davon standen zur Verfügung im Durchschnitt 1923 144.000 To. monatlich, im Januar 218.000 To., im Februar 199.000 To., im März 231.000 To.

Auch die Eisenindustrie erfuhr unter der Einschränkung des Rohstoffangebotes (Rückgang der Produktion in Frankreich) ihre Verkürzung. Im März waren zwei Hochöfen mehr in Betrieb als im Dezember. Rotheisen wurde erzeugt: Januar 165.000 Tonnen, März 170.000 To., Rohstahl Januar 173.000 To., März 178.000 Tonnen. Auch in Belgien und Eisen liegt die Produktion.

Die französische Röteproduktion

Betrag (in Tonnen):

	1921	1922
Rohfels 18-16%	893.760	890.971
Blindfels 20-22%	225.856	336.718
Blindfels 30-40%	18.218	50.608
Chlorofels mehr als 50%	90.267	126.859

zusammen Rötelalii 148.937 207.119

Die französische Grauproduktion

Im Jahre 1922 erheblich gestiegen. Die Produktion entfiel auf 1.000 Tonnen. Im einzelnen entfiel auf (Tonnen):

	1921	1922
Metz-Giedionhofen	7.816.674	10.905.360
St. Etienne	4.818.156	8.720.981
Normandie	511.925	585.008
Angou, Bretagne	147.438	185.884
Boisbœuf	115.967	55.483

Die Gesamtproduktion betrug 1921 14.108.068 To., 1922 21.031.713 To. Diese Steigerung ist eigentlich nicht ohne Einfluß auf den erheblichen Rückgang nach Rötelalii geblieben.

Belgien's Kohlenförderung

War 1922 um 6.11 Prozent größer als 1921. 95 Prozent entfielen auf Staatsgruben. Es förderten (in Tonnen):

	1920	1921	1922
Staatsgruben	711.921	871.793	944.858
Friedgruben	38.755	39.871	40.783

Nachlese vom letzten Streikputsch.

Kommunistische Vorbereitung des Putsches.

Wie die Kommunisten den Putsch vorbereitet haben, ergibt sich aus folgenden Feststellungen: In der zweiten Maiwoche tagte in Braunschweig eine Konferenz der kommunistischen Landeshäuser vor Betriebsräte. Delegierte des Industriegebiets haben sich dort gegen den gesunkenen Wahnkurs gewandt. Trotzdem wurde der Putsch kommandiert.

Am 14. Mai tagte eine weitere Konferenz in Dortmund, wo der Anfang des Putsches auf Kaiserfuß beschlossen wurde.

Die kommunistische Partei, Bezirk Ruhrgebiet, verbreitete im Ruhrgebiet sehr ein Vertheidigungsflyer. Darin sind die Unionisten und Kommunisten die reinsten Engel. Ihre Sprache verrät aber auch in diesem Flugblatt das mit Blutschuld beladene Gewissen, denn eine solche Sprache spricht nur der Schuldige. Darum wird, wie schon oft in den Putschtagen, die Bevölkerung aufgefordert, daß der "Gedächtnisprung vom 15. Mai", dem Tag, den Boden ausgeschlagen, erst am 17. Mai eine Delegationsversammlung von Kaiserfuß III den Streik beschließen und die bekannten Forderungen aufgestellt habe. Und sieht der Anschlag der kommunistischen Hölle zur Verfügung, welcher schon am 15. Mai fah auf der Zeche Kaiserfuß prangte.

In diesen Anschlag wird aufgesordert, nicht eher einzutreten, bis eine Versammlung Stellung genommen habe und vor allen Dingen noch vor Pfingsten ein größerer Anschlag gezahlt würde. Die Versammlung tagte am 15. Mai mittags und beschloß nach blöder Verherrlung des Streiks. Der Schlesischen wurde erst am 15. Mai abends gefällt,

wenn als nicht auf diese Versammlung eingewilligt haben. Der Streik wurde eben beschlossen, weil er in den vorhergehenden Konferenzen kommandiert war. Dieses scheinbar organisierte Putschverschreben läßt sich infolge dieser Tatsachen nicht verwischen. Die Hölle wurden auf die Belegschaft losgelassen, weil der Anfang des Putsches festgelegt war und von den Westlauern Görlingen ausgeführt werden mußte. Ob man bei Überleitung damit etwas zu früh gekommen ist, entgleicht sich unserer Kenntnis.

Nun schreiben die Kommunisten in ihrem Blutschlußflugblatt weiter, daß sich die Streitenden begegnen würden, doch man mit Willkür walt verhindern würde. Delegationen (I. D. U.) in die noch nicht vom Streik erschafften Betriebe zu schicken". Hierzu brauchen wir kein Wort zu sagen. Der Beser findet im nachfolgenden, wie diese Delegationen aufzufallen, die in Form von bewaffneten Hundertschaften, in denen sich das ganze Verbrecherzeug des Ruhrgebiets ansiedelt, die Hölle aufsuchten".

Dieser vorhersehbar Gewalttypisch fand u. i. eine ausgeschreckte Streikstimmung, trug der Punkt. Aber auch diese Bevölkerung wird der Wehrheit zum Trost in dem Flugblatt mit blöden Bädern ausgedehnt. Tatsache ist, daß viele Betriebe daran dachten, in den Streik zu treten, daß sich viele Betriebe gegen den Terror der Hundertschaften zuverteidigen ließen, daß selbst von Unionisten und Kommunisten befehlte Gruppen gar nicht kreisten, daß selbst unionistische Betriebe gegen den Streik waren und auf Neumühl & C. einer von ihnen dem kommunistischen Parteiführer Völker, als dieser von ihm den Streik verlangte, mit einer Handbewegung zu verbrennen gab, daß er im Oberstüben nicht normal sei. Auch darüber wird der Beser in den folgenden Tatsachenberichten das Rostmündige finden.

Weiter leiteten sich die Kommunisten in dem Flugblatt folgende Behauptungen:

"Trotz aller Bemühungen der kaltgestellten reformistischen Führer, die Streikbewegung zu besetzen, waren bisher überall in weitgehendstem Maße Ruhe und Ordnung gewahrt worden."

Ringsum Blödnerungen, nügendwas puschlitische Versuche, die die Rohrbewegung zu einem isolierten und zum Scheitern verurteilten Zeitaufwand um die politische Macht umgestaltet hätten, wie es die reformistischen Führer gern gesehen hätten."

Diese Menschen wagen angefachtes der Blödnerungen, die Morde, der Sabotage, vor aller Offenheit zu behaupten, daß nichts vorgelommen sei! Hier äußert sich die Reformiertheit, die jedes Schamgefühl ersterben läßt. Jedes weitere Wort erhebt sich, das weitere findet der Beser in den Berichten von den einzelnen Werken.

Nicht in Kämpfe „um die politische Macht“ umgestaltet? Die kommunistische Presse schreibt vor und während des Putsches nach einer Arbeitserziehung, Kampf gegen das Hundertschaftsverbot, Treubündnis mit Gewerkschaften usw. Gleicher Aufschluß im „Wag“ (Kommunistenblatt für Dortmund-Duisburg) vom 26. und 29. Mai 1923. Man sehe W. auch die untenstehende Notiz aus Oberschlesien an. Diese Beweise genügen zur Charakterisierung dieser Menschen.

Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Hundertschaften allein von den kommunistischen Hundertschaftshorden bedrohten werden. Hier hat das gesamte Verbrecherum, welches sich zu jeder Gelegenheit einschlägt, mitgewirkt. Aber die Kommunisten haben höchst atmosphäre hierzu geschaffen. Wie werden ihnen keine bittere Rille ersparen. Schlag auf Schlag werden wir die Tätsachen reden lassen, um Absehen zu erwecken vor der kommunistischen Verbrecherpolitik.

Die Arbeit der Hundertschaften.

Auf der Zeche Chamroy I-II bei Herne haben sich folgende Dinge abgespielt: Am Donnerstag, den 24. Mai 1923, erschien der Kommunistische Rat nicht auf der Zeche und soeben eine Belegschaftsversammlung. Am nächsten Tage hätte der Betriebsrat eine Sitzung, in welcher mit allen gegen drei Stimmen beschlossen wurde, keine Belegschaftsversammlung abzuhalten, da kein Grund vorhanden war. Als die Mittagszeit ankam, waren etwa 100 Mann eine Belegschaftsversammlung allein ab und soeben den Beschluß zu streiken. Am Sonntag füllten wieder alle Tore von freudigen Streikposten her. Die Betriebsräte saßen die Belegschaftsräte erwartet, ergriffen sie den Antritt. Ein Teil der Belegschaft rührte dann an. Der Rest blieb über Tage, um die Arbeiter zu verteidigen. Die stemmenden Horden zogen sich jedoch zurück und hörten Verstärkung. Mit ungefähr 150 Mann fingen sie an, die Tore zu erbrechen. Der Anschlag wurde jedoch abgeschlagen. Am zweiten Sturm beteiligten sich Metallarbeiter von Herne und Stahlbau von Sodingen. Die Metallarbeiter standen unter Führung von Lüttich und Baumgärtner (KPD). Von Dortmund kam ebenfalls Unterstützung. Zeit wurden die Tore vollständig erobert und alles stürzte auf den Belegschaftsplatz und in die Bevölkerungsruhe. Zuletzt wurden eingefangen, sämtliche Fenster und Türen zerstört, Tüle und Eisen zusammenschlagen, das Gedenkbild geschlagen. Der Metallarbeiter Baumgärtner hat man ergriffen. Wer der Täter ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Fahrrad unter den Ehemännern war Baumgärtner, er ist im Bevölkerung, auf Zeche Konstantin und wegen Betriebsabschaffung entlassen worden. Der amtierende Zugführer, Rodecker, ist ein unabsehbaren Bloß, gegen ihn und Knappmann ebenfalls. Die Leute sind jetzt sehr verängstigt, weil sie fragen, daß auf Chamroy etwas zu „erobert“ wird.

Durch den Sturm wurde auch die Kantine erbrochen. Hier hat man alles vernichtet, Geschäftsläden zerstört und den Rest mitgenommen. Mit dem Abzug der Kommunisten ist auch folgendes mitgegangen: 145 Pakete Tabak je 2100 M., 88 Pakete je 1800 M., 38 Pakete je 2800 M., 18 Pakete je 2400 M., 550 Stoffen Kauftabak je 200 M., 1000 Zigaretten je 180 M., 400 je 200 M., 350 je 220 M., 180 je 900 M., 11000 Zigaretten je 80 M., 9200 je 100 M., 3400 je 140 M., 1800 je 150 M., 40 je 40 M., 1800 je 120 M., 1900 je 200 M., 160 Pakete Schwefelholzer je 1000 M., sowie die Tagesleistung in Höhe von 350 000 M. Ferner wurden geraubt: eine fertiggestellte Abrechnung mit Geld in Höhe von 882 500 M., 4 Planometer je 80 000 M., 5 Messingböhne je 90 000 M., und 50 000 M. Privatgelder der Arbeiter. Schließlich sind ausgetrunken worden 312 Flaschen Mineralwasser, weitere 312 Flaschen schwärzhaft noch, ebenso 8 Flaschen Rognat. Schäffer sowie Vorhängen hat man ebenfalls mitgenommen. Der Schaden berechnet sich auf 6 000 000 M. Im Hauptverwaltungsbau befindet sich der Schaden auf 2% Millionen Mark und im Verwaltungsbau und auf dem Belegschaftsplatz auf etwa 15 Millionen.

Die Beichen von der Hölle und Julia in Herne wurden schon am 25. Mai gewaltsam stillgelegt, nachdem namhafte Kommunisten und Unionisten, u. a. der Stadtverordnete Steinhardt, vor dem Rathaus die Menge aufgefordert haben.

Im Essener Bezirk streikten von 59 Schachtlagen nur 13. Sogar ein Teil der Unionisten war gegen den Streik. So auch der KPD-Akzent Dregel von der Zeche Hagenbeck.

Auf vielen radikalen Sachen wurde nicht gestreikt. Im Recklinghäuser Bezirk, der als sehr radikal bekannt ist, besonders die Zeche Westerholt, Bräuer, Auguste Victoria u. a. wurde nicht gestreikt, ein Beweis also, daß es in dem Kreise der KPD und der Union keine Streikstimung bestand.

Auf dem radikalen Platz Karl Friedrich wuchs der Unorganisierte Schürmann sehr bald den Unionisten über den Kopf. Niederschärfen wurden abgelehnt, Widerstreitigen mit dem Salzen und Säcken gebracht. Betriebsfreunde, u. a. ein August Kuh, trat auch für den Streik ein. So wurde „abgeschlossen“ (Widerstreit gab es nicht), die Pferde herausgeholt, die Feuer heraustritten, jede Arbeit stillgelegt und die Tore mit Hundertschaften besetzt.

Auf dem Sportplatz von Karl Friedrich stand am 27. Mai eine Versammlung dort, wo beschlossen wurde, Verbandsfunktionäre aus der Wohnung zu holen und zu Streikposten zu verhenden. Ein Trupp von 20 Mann versuchte am selben Tage, die Namen von Unkelbach und Schmidt zu verhanteln und dem Revolutionärstribunal vorzuführen. Sie wurden von Betriebsfreunden der beiden davon gehindert. — Die kommunistische Hundertschaft von Weimar legte die Beichen Prinz Regent, General, Hajenwinter und Friedlicher Nachbar gewaltsam still. Namhafte Beamte und Arbeiter wurden dabei brutal mißhandelt. In Weimar wurde auch eine Liste aufgestellt mit Namen bekannter Verbandsfunktionäre, die ermordet werden sollten.

Auf Witz-Baak beschloß die Hälfte der Belegschaft den Streik. Die Eingeschorenen wurden von der KPD-Jugend herausgeholzt, der Stolleneingang mit etwa 100 Mann besetzt, gleichfalls der Schacht. Die nicht streiken wollten, mußten sich flügen, weil gemeinschaftliche Ecklage eingehetzt war.

Auf Zeche Deutscher Kaiser II/V besiegten junge Deutsche die Gedante und die umliegenden Straßen. Die Belegschaft ließ sich von diesen in den Streik legen. — Schacht I/VI wurde von den Hundertschaften besetzt, die niemanden zur Zeche ließen. Es wurde ein Streikkomitee gewählt. — Schacht I/IV streikte ohne Streikbeschuß.

Außenbergdorf streikte, weil die Zeche von Hundertschaften besetzt war, die niemanden aufzogen.

Schacht Linterloch war gleichfalls durch Hundertschaften besetzt, so daß die Einsicht unmöglich war.

Westende III/V streikte nur einen Tag infolge Auftretens radikaler Elemente.

Diergardt streikte zwei Tage infolge Brandbrennen.

Die Schachtanlagen Neu mühle streikten teilweise mehrere Tage. Hierzu kurz folgendes: Der KPD-Sekretär Völker kam mit seinem Tochterkinder am 26. Mai morgens nach Schacht III und schaute den unionistischen Betriebsrat Solowjoff an, warum die Schachtanlage noch nicht streike. Solowjoff zeigte mit der Hand nach der Stütze und schrie ab, eine Versammlung einzugehen. Völker ratterte weiter, um andere Schäfte flüssigzulegen. Der Betriebsrat von Neu mühle war sich — einschließlich des Konsulenten — einig, daß die Verhandlungen in Berlin abgewartet werden müßten. Die Belegschaft der drei Schächte war am 18. nachmittags streiken etwa 80 Mann. Am 28. Mai (Montags) fügte die Belegschaft auf Schacht I/II wieder an. Schacht III streikte.

Bemerkenswert ist, daß schon am 26. Mai ein unorganisierter Name Baum ein dunkles Kreis ansting. Am 27. morgens kehrte dieser Geselle in einer Versammlung gegen Organisationen und soziale auf den Betriebsrat zurück. Gegen Mittag erschien er mit einer Horde, die mehrere Hundert zählte, vor dem Tore vom Schacht I/II. Kolke mit töten kann in den Toren dabei. Die Polizei hielt die Horde von der Zeche ab, wurde sehr bedroht und von Weibern beschüßt. Sie hielt die Feuerwaffe im Anschlag, schoß aber nicht, schoß überhaupt nicht und zerstreute die Menge. Dem Baum gelang es, mit einer sogenannten Kommission auf den Belegschaftsplatz zu kommen. Der Kommission gehörte er an und drei Jungen im Alter von 17 bis 19 Jahren. Die drei Kinder ließ er in die Grube fahren, um die Belegschaft herauszubringen. Einer der Jungen schaltete dabei den Strom der elektrischen Förderung ein. Dadurch entstanden große Unfallgefahren. Einer der Jungen ist erkannt. Der Fall beschäftigt die Bergpolizei. Trotzdem fuhren auch nachmittags einige Hundert Männer an.

Als die Union am 29. Mai zum Streikabbruch blies, wollten die vertriebenen Putschisten nicht mitmachen. Teilsweise wurde noch am Mittwoch gestreikt.

Die Früchte ihrer Tat ernteten die Kommunisten und Unionisten, als sie zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderten. In einer Gelsenkirchen Versammlung sprach der Kommunist Wagner für Arbeitsaufnahme. Es gab einen großen Krach: „Verräter! „Lumpen! „Ich sehe Dir ein Messer in den Hals!“ u. dgl. m. wurde ihm zugeworfen. Auf vielen anderen, Bechen erklärte man die unionistische Aufforderung zur Arbeitsaufnahme für einen schäbigen Schwindel, erklärte auch die Unionseitung als Betrüger und streikte weiter. Die Flugblätter der Union wurden abgerissen, ja in Linden.

Der Kommunist Stolzenburg sagte in einer Versammlung in Gelsenkirchen: „Doch der Streik nicht gebrochen habe, wissen wir, aber wir haben doch einmal gezeigt, daß wie Männer hinter uns haben.“ Schön gebückt! Dazu war Streik und Terror notwendig!

Zur Sammlung für Gewässer regelte fordert die KPD auf. Auch Anderbörger sollte zahlen. Unsere Mitglieder haben keine Ursache hierzu. Der Streik und Putsch macht, soll auch die Opfer auf sich nehmen.

Wildwest Hamborn

vor bei dieser Bewegung verhältnismäßig ruhig. Am Donnerstag bei der Hütte die Parole ausgegeben, am Freitag die Betriebe stillgelegt. Am Abend fand eine kommunistische Frauversammlung statt, in der die Parole ausgegeben wurde: Morgen Demonstration gegen die Zeuerung vor dem Rathaus. Am anderen Morgen lag Schacht I/VI still, viel freudiges Volk war im Ort, viele Frauen mit großen Körben, um die erwartete Rente wegzutragen. Auf Deutscher Kaiser III/VIII erschien die Leiter der Bewegung, als sich die Direktion über das Auftreten der Garde mit Hakenkreuz beschwerte: „Das gilt nicht Ihnen, sondern den widerständigen Betriebsräten und ihrem Anhang.“ In den Hundertschaften sah man keinen Angestellten der KPD, keinen ihrer Funktionäre oder Betriebskleine, sondern nur junge Leute von 15 bis 25 Jahren. Einer der wütendsten, ein Metallarbeiter aus Wulfen, bat erst lächlich dem Metallarbeiterverband 79 000 M. Beitragsgelder unterschlagen. Ein Bergmann aus Mülheim nahm 14 Tage vorher Arbeit an und bot 100 000 Mark für ein möglichtes Zimmer. Verschiedentlich äußerte er: „Wie wir das Ding in Mülheim geschmissen haben, so werden wir es auch in Hamborn schmeißen.“ Wobei hat der Mann das Geld, um 100 000 M. für ein Zimmer zu zahlen, trotzdem er für seine Familie in Mülheim zu jagen hat? „General“ Völker, der Angeklagte der KPD, sauste auf einem Motorrad von Schacht zu Schacht, um die Karre zu schmettern. Mühlert, ebenfalls Motorradfahrer und Hauptabteilung, gehört zu der Serie Altbänder, die als „die Pest Hamborns“ bezeichnet werden. Der Tschechoslowake Weber (stiller hieß er anders!), Angestellter der KPD, spielte natürlich ebenfalls eine Hauptrolle.

Trotzdem die grüne Polizei der KPD durch Inspektor Bunsen erlaubte, daß die Demonstranten gegen das Rathaus, Frauen mit Kindern voran!, dahinter die Hundertschaften, die die Frauen gegen das Rathaus drängten. Natürlich fehlte zu passender Zeit auch der verhängnisvolle Schuß nicht. Die Kommunisten lagen, daß er aus einem Schopauko gekommen sei. Nach Lage der Umstände kann er nur aus der Menge gekommen sein. Er galt augenscheinlich dem auf der Rathausstiege stehenden Polizeiinspektor Bunsen, traf aber den neben ihm stehenden KPD-Häupter Baudouins ins Bein. Nur der entschlossenen Polizei ist es zu danken, daß das Blutvergießen nicht größer wurde. In den Versammlungen wurde zur Ausführung der Rheinrepublik sowie auch zu Blödnerungen aufgerufen und ein Ultimatum beschlossen: Bevollmächtigung der Forderungen in drei Tagen, sonst Arbeit für die Franzosen.

Keine Courage hatten Völker und Genossen zu der Preisabrechnung, mit der sie vorheriges Jahr so schmäler Schiffbruch gelitten haben.

Kommunistische Kontrollausschüsse.

„Bibel proletarische Preiskontrollausschüsse!“, so rufen die Kommunisten dem Proletariat zu. Während des Putsches gab es in Dortmund, Bochum und Gelsenkirchen reichlich viel solcher Ausschüsse, d. h. die kommunistische Parole wurde überall gut befestigt. Daß solche wilde Kontrollausschüsse natürlich zu einem groben Unrat ausarten müssen, ist selbstverständlich.

In Gelsenkirchen zum Beispiel drängten die Kontrollausschüsse mitglied der Hundertschaften in die Kaufläden hinein und legten willkürlich die Preise herunter. In einem Laden wurde der Preis für Metzurst auf 3000 M. festgesetzt. Von dieser billigen Preist lasten sich zuerst die Kontrollausschüsse mit 5 Pfund, noch ihnen laufen die Mainzchen der Hundertschaften an die Reihe. Damit war der Proletat erschöpft und das Volk bekommt nichts mehr. Die Folge dieser Preissättigung ist, daß in Gelsenkirchen in den nächsten Tagen nur schwer Lebensmittel zu erhalten waren.

Der Konsumverein „Wohlhaber für Bochum und Umgegend“ will mit, daß auch in seinen Betriebsstellen die „Genossen vom Kontrollausschuß“ erscheinen, Bedienstete oder sonstige armiert, hinter ihnen stauen sich die „Spänner des Schachtfeldes mit Einkaufsfeldzügen“, Leute, die sonst nicht im Konsum laufen, um im geeigneten Moment einzutauen“. Diese Wölblinge, die sich „Genossen vom Kontrollausschuß“ nennen, mußten sich sehr oft von den Leitern der Betriebsstellen ein Praktikum über die Genossenschaftsbewegung halten lassen, weil ihnen diese eine unbediente Tasse war. Die Betriebsstellen richteten eilig einen Selbstschutz ein, um ihr Eigentum vor der Eröffnung der Sachwerte durch das Proletariat zu schützen.

Das sind die „Erfolge“ kommunistischer Agitation!

Der Generalstreik auf dem Friedhof.

Zu welchen Verübelheiten die kommunistischen Ideen führen, zeigt das Erscheinen einer kommunistischen Hundertschaft auf dem Dortmunder Zentralfriedhof. Wie der „West. Allg. Volkszug“ berichtet wird, wurden die Friedhofsarbeiter gezwungen, die Arbeiten einzustellen, die südlichen Leichentransportautos wurden angehalten mit der Begründung: „Wir wollen unsere Toten schon allein in die Erde legen, die Nazis mögen sie versetzen.“ Den Friedhofsarbeitern wurde gedroht, wenn sie weiter arbeiten würden, könnten sie ihre Knochen in den Gräbern zusammenziehen. Die Hundertschaft hatte scheinbar den schon gemeldeten Überfall auf die Schopauker vorgenommen. Ihrem Kreiden wurde ein Ende gezeigt durch das Erscheinen einer Polizeiaufstellung aus Dortmund. Die Hundertschaft wurde mit einer Tracht Prügel heimgesucht.

Zu diesem Zuge von einem Kommunisten angeführte wurden, der am Tag vorher auf dem Schopauhof als Redner auftrat, den „Pionier Angelger“ und die „Westfälische Volkszeitung“. Bei der Rednerin wurden sie durch die Feuerwehr vertrieben. Hierauf versuchten sie das Feuerwehrdepot, welches in nächster Nähe unserer Verbandszentrale liegt, zu füllen. Bei dieser Gelegenheit handelt eine Gruppe auf der Straße, welche die Pflasterung unseres Verbandsgebäudes besprach. Ingwischen säuerte die Feuerwehr die Umgehung und verhinderte die geplante Verbrennen. Am 27. Mai fand bei den Putschtagen noch aus der KPD ausgeschlossen und ist jetzt verschwunden. Man weiß nicht, ist er in Moskau oder bei den Franzosen?

Am 25. Mai härrten die Hundertschaften, welche im geschilderten Zuge von einem Kommunisten angeführt wurden, der am Tag vorher auf dem Schopauhof als Redner auftrat, den „Pionier Angelger“ und die „Westfälische Volkszeitung“. Bei der Rednerin wurden sie durch die Feuerwehr vertrieben. Hierauf versuchten sie das Feuerwehrdepot, welches in nächster Nähe unserer Verbandszentrale liegt, zu füllen. Bei dieser Gelegenheit handelt eine Gruppe auf der Straße, welche die Pflasterung unseres Verbandsgebäudes besprach. Ingwischen säuerte die Feuerwehr die Umgehung und verhinderte die geplante Verbrennen. Am 27. Mai fand bei den Putschtagen noch aus der KPD ausgeschlossen und ist jetzt verschwunden. Man weiß nicht, ist er in Moskau oder bei

die Preise bis einschließlich Mittwoch, den 6. Juni wie folgt festgelegt wurden. Zu nachstehendem Großhandelspreis müssten noch sämtliche Spesen für Fracht und sonstige Unkosten hinzugerechnet werden, was den Verkaufspreis im Kleinhandel bedeutend erhöhen würde:

	Großhandelspreis	Verkaufspreis
Heringe, je nach Qualität	800—700	350—500
Gähnmalz, ausländisches	10 800	9 000
Käfesleit	7 500	6 800
ausländischer Speck, fett, gesalzen	8 700	8 000
geräucherter Speck, ausländischer	9 700	8 500
Margarine, lose, mit Salz	8 000	6 600
Margarine im Paket, mit Salz	8 100	6 700
Margarine, ohne Salz, in Pd.-Pak.	8 250	6 200
Margarine, bessere	8 550	7 500
Walmsin	8 450	7 500
Worlskaffee und Malzkaffee	1 800	1 500
Judet	1 150	1 300
Badöl oder Rüböl	14 730	12 500
Salatöl	16 460	14 500
Nudeln	2 500	1 800
Brotkäse	2 160	2 000
Brötchen	1 800	1 500
Bonbons, welche	2 100	1 500
Viktoriaerbsen	1 650—1 50	1 500
Grüne Erbsen	1 650	1 500
Weizenmehl	2 000	1 600

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß bei den Großhandelspreisen der Dollarstand von 62,300 zugrunde gelegt ist und daß die Kleinhandelsverkaufspreise nur noch bei Vorhandensein von Warenbeständen die Inbetriebhaltung der Geschäfte ermöglichen. Für einen großen Teil der Waren ist zu den heutigen Kleinhandelsverkaufspreisen neue Ware nicht heranzuschaffen. Die Preise gelten für den gesamten Stadt- und Landkreis Essen bis Mittwoch, den 6. Juni einschließlich.

Es herrscht Einverständnis, daß sämtliche noch bestehende Untersuchungskommissionen nicht befugt sind, andernfalls Preisfestsetzungen vorzunehmen. Um die Bevölkerung vor einer Katastrophe auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu bewahren, ist dringend erforderlich, daß keine unberuhigte Person in diese Regelung eingreift. Abgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung der Stammkarte des Mitglieds- oder Kortobuches. Die Preiskontrollkommissionen.

Es liegt auf der Hand, daß solche aus der Not geborenen Maßnahmen zur Folge haben müssten, daß keine Ware mehr herankomme. Kleine Geschäftsführer können die Verluste nicht tragen und auch die Konsumvereine müssten durch Beibehaltung solcher Methoden dem Bankrott zugestellt werden.

Auch in Oberschlesien

gelang es den Kommunisten, ein Feuerchen anzufachen. In den ersten Junitagen wurden dort einige Belegschaften in den Streik gebracht. Wie aber der "Vorwärts" in Nr. 260 vom 6. Juni mitteilt, hat eine von der wilden Streikleitung eindringende Betriebsräteinsicht für Oberschlesien den Streik abgelehnt. Die Betriebsräte wollen ohne Zustimmung der Organisationen nicht die Verantwortung für den Streik auf sich nehmen. Unsere dortige Betriebsleitung erhielt von dem Unionangestellten Fadisch aus Gleim ein vom 23. Mai datiertes Schreiben, in welchem es heißt:

"Wertiger Kollege! Bezugnehmend der Reorganisation unserer Organisationen in den Industriegruppen hat die Reichsgruppe Bergbau Union der Hand- und Kaufarbeiter nachstehende Forderungen aufgestellt, für welche wir die Arbeiterschaft mobilisieren müssen, um uns gegenüber den Angriffen des Kapitals zu verteidigen.

Als allgemeine Forderungen des Gesamtproletariats, für welche unsere Industriegruppe Bergbau laut Beschluss einer Konferenz gewünscht ist, sich einzutun, stellen wir folgendes auf:

1. Bildung einer Arbeiterregierung an Stelle der gegenwärtigen kapitalistischen.
2. Organisierung von Arbeiterhundertschaften und vollständige Bewaffnung zur Abwehr gegen die Geschäftsführer.
3. Befreiung des Ruhrgebiets wie der anderen deutschen Gebiete vom fremden Militär und Besetzung des Versailler Friedensvertrages.
4. Kampf gegen Lebensmittelwucher und Einführung der Arbeitsteilung für alle Betriebsarten."

Das sind die wirtschaftlichen Forderungen der Unionisten und Kommunisten. Im Ruhrgebiet versuchen sie zuerst die wilde Streikleitung vorauszubieben und von dieser keine Lohnforderungen aufzustellen, um zu zeigen, daß der vorbereitete Putsch zunächst den Charakter eines reinen Lohnkampfes trage. Ihre wirtschaftlichen Ziele hat dieser Fadisch unbefriedigterweise verraten. Darin sieht genau daselbst, was die Kommunistische Partei während des Krieges sah. Braucht es noch einen besseren Beweis?

Unionistischer Putschversuch.

Den Unionisten wird es Angst und Bange. Sie haben den Putsch gefürchtet, gehabt und gespült, dabei immer nach außen hin gestanden, als breche das Ganze spontan aus der Kasse heraus". Bei den ganzen Sachen hielt die Unionisten den Hansdampf in allen Gassen", deshalb mügten sie logistischerweise auch die Führung übernehmen, um abbrechen zu können. Die Lohnherabsetzung schien ein geeignetes Abschlagsmoment zu sein, zumal der Streik an allen Ecken abschlüsse. Fest sagen sie, daß die Bergarbeiter unter ihrer Führung gezeigt haben. Dieser "Sieg" bedrückt sie aber sehr schwer, ihre Männer gehen laufen angesichts der zielbewußten Zeitung. Im Bergarbeiterverband melden vierterordnet die Unionisten ihren Beitritt zum Verbande an. Die unionistischen Verbannungen werden nicht besucht. In Eichinghausen z. B. erscheint zu einer "Riesenversammlung", die in einem großen Saal abgehalten werden sollte, ganze sechs Mann. So auch anderwärts. Die unionistische Schachtkommission Mont Cenis L/III machte folgendes auf der Zeche bekannt:

An die Kameraden der Union!

Kameraden hiermit fordere ich Euch alle auf die Beiträge zu sprechen und verlangen das die reale Ausklärung über die hirnverbrannte Führung im letzten Streik welche aus in den Abgrund gebracht hat erbracht wird, denn durch Ihre Kurzsichtigkeit haben sie uns unserer durch viele Jahre mit großer Mühe aufgebauten Organisation das Geißel geprägt. keinen Zweck den Tongen und Tochterzäder im Ruhrbezirk, wer das wohl versündigt sich an seine Familie.

Der Obermann der Union, gez. Reitzels.

Um die Unterlassungen der Union!

hiermit fordere ich die H. A. (Unterlassungen, z. B.) auf sich beim Hauptkassierer Gruske zwecks Abrechnung einzufinden, damit ich die Mitglieder fragen kann was mit dem Geld geschehen soll.

Der Obermann der Union, gez. Reitzels.

Arme Unionisten! Das an sichlose Gefüge der Union wird nur schwer die große Schuldenlast ertragen können. Man erriet in der Union die Zukunft der eigenen Sack.

Gebrüder zw. Hansemann.

Logistisch-komisches Lustspiel in drei Akten. — Ort der Handlung: Königreich Wieden bei Hamborn. — Zeit: Gegenwart. — Hauptpersonen: Der Kommandant der im Ort stationierten preußischen Hundertschaften, ein ehemaliger Kriegsvereinsvorsteher; ein sehr junger Bibelforscher; ein willig gewornter Ausdrückler. — Statuen: Die schon so oft betragene Wehrhofer Arbeiterschaft. — Die Szene: Die beiden in den Händen einiger unbekannt gebliebener auswärtiger Drückpfeifer und Schläger.

Vorpiel (in der Bochtklave der Zeche Rhein I am Samstag, den 26. Mai): Der Betriebsobmann führt einen sehr eleganten Gerteng vor: "Kameraden, fahrt ein... Tut, was ihr wollt... Ihr stehen hinter euch... Die Union hat nichts verlaufen lassen... Ihr die Mergensicht Belegschaftsversammlung auf dem Sportplatz..."

Weiter Akt (zwei Stunden später): Oeffentliche Volksversammlung mit Frauen und Kindern. 500 Personen anwesend bei 2800 Belegschaftsmitgliedern. Der Betriebsobmann: "Kameraden, es ist unsere heiligste Pflicht, die streikenden Kameraden in Dortmund und Geestendorf in ihrem Kampfe zu unterstützen!" — Zwei Vertreter der gewerkschaftlichen Arbeitergemeinschaft waren darin davor, in den Streik einzutreten. Vergleichlich! Wie immer, folgen auch diesmal wieder die Wehrhofer Kumpels dem Vorsitzenden der "völkerbefreiten" Moskauer Internationale. Sie folgen gleichzeitig aber auch dem alleinstigmachenden "reinen" Anarchisten. Mit dem Motto: "Wollst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein" wurde noch eine Entschließung angenommen. Die Mergensicht, die man erst hatte einfahren lassen, beschloß man wieder herauszuholen und die Nachschicht unter seinem Umstand anfahren zu lassen. Mit der Belegschaftsauswahl an die Hundertschaft zu einer Sessi... und dann die der Alt seinen Abschluß.

Zweiter Akt (Montag früh 4 Uhr auf dem Marktplatz): "Stützgestanden!" Hundertschaft Augen rechts! "Morgen, Hundertschaft!" Morgen, Herr Hauptmann! Nach Meldung des Gruppenführers erfolgt Rusterung, hierauf Belegschaftsausgabe: "Erste Gruppe Belegschaft besiegen; zweite, dritte und vierte Gruppe Kolonieeingänge besetzen; fünfte und sechste Gruppenabteilungen absperrten. Die übrigen Gruppen bleiben in Reserve zu meiner Verfügung!" Gegen Mittag haben die Gruppenführers Meldung zu erstatten; diese lautet: "Generalstreik durchgeführt!" So wurden die zahlreich erschienenen Nichtkommunisten an der Arbeit gehindert. Dieser Alt wiederholte sich bei jedem Schichtwechsel. Die Streikleitung der geistig am Sonntag sorgte durch Abhalten von Volksversammlungen für die nötige Streikbegeisterung: Durchhalten, aushalten, Rauh halten!

Dritter Akt (die betrübten Bodgerber): Nachdem am Mittwoch nachmittag starker Regen einsetzte und so die Feste der Drauzieher und Käffieschörer in Gefahr kamen wegzuschwimmen, begegnete man allenthalben sehr bedrängten Familiengestalten. Von Hamborn Befehl der KPD: "Streik abbauen!" Massen und Stabilität, will unabdingt Versprechungen erfüllt sehen. Der sehr ernste Bibelforscher vertröstet alle bis zum Weltuntergang 1925. Es wird jedem freigestellt, bis dahin zu streiken oder wieder anzufahren. Ergebnis der Handlung: Ihr Ohren, Millionen verdienten. Die Wehrhofer Kumpels sind alle, auch ihr Betriebsobmann, auf den Sumpf gekommen (wörtlich zu verstehen).

Hoch die Weltrevolution! Hoch der Weltuntergang 1925!

475 Millionen Lohngelder

stehen Kommunisten aus Buer auf der Zeche Hugo in den Büchstagen. Das Geld wurde der Zeit entsprechend, in der unterirdischen Geschoßkammer aufbewahrt. In der Nacht vom 27. zum 28. Mai siegte der Kommunistenführer Emil Materna aus Buer mit den Spiechtern Ignaz Jaget und dem Käffieschörer Julius Reich den Schacht herunter (475 Meter Tiefe). Von durchdrückte die elterne Tür mit einer Metallsäge, stahl obigen Vertrag und flüchtete wieder heraus. Die Polizei hat zweit der Toten beim Schlafittchen, Reich fehlt noch. 331 Millionen Mark sind schon wieder herbeigebracht.

Bölkowirtschaftliche Rundschau.

Der Zeitraum der Preise mit dem Dollar.

Am 1. Juni stand der Dollar auf dem 18 000 fachen seiner Preisfestsetzung. Seit Anfang Mai war er um 100 Prozent gestiegen. Die Großhandelspreise nach dem Index der "Frankfurter Zeitung" erreichten am 1. Juni eine 11 369 fache Steigerung gegenüber dem Februar, das ist für Mai eine Steigerung von 78 Prozent. Der Dollar stieg im Mai vom 8869fachen auf das 18 155fache; Lebens-, Genussmittel usw. von 7003 auf 12 575; Zigaretten, Ueder von 14 066 auf 27 640; Mineralien von 10 183 auf 17 577; Berghäusern von 6844 auf 10 924; industrielle Endprodukte von 5903 auf 10 233; alle 98 Waren im Durchschnitt von 8287 auf 14 639.

Seit Juli 1922 betrug die Verdopplung gegenüber dem Frieden: Juli 21, August 140, September 291, Oktober 432, November 445, Dezember 1674, Jan. 2054, Februar 7159, März 6770, April 6427, Mai 8287, 1. Juni 14 639.

Beim Inlandswaren stiegen nach dem Index der "Frankfurter Zeitung" im Mai von 6621 auf 10 089; zehn Auslandswaren von 8919 auf 17 345. Im Großhandel stiegen Lebensmittel von 7377 auf 14 016, im Kleinhandel von 4911 auf 8465.

Der Großhändler des "Berliner Tageblatts" (115 Artikel) zeigte vom 21. Mai bis 29. Mai eine Verdopplung gegenüber dem Frieden von 10 771 auf 12 195 = 13 Prozent, seit Anfang Mai betrug die Steigerung 47,6 Prozent, im April 47 Prozent.

Die "Industrie- und Handelszeitung" verzeichnet vom 26. Mai bis 1. Juni eine Verdopplung der Großhandelspreise von 11 493 auf 13 099 = 14,5 Prozent. Im Mai gegenüber April zeigt der Index eine Steigerung von 6665,71 auf 10 145,33 = 54,52 Prozent. — Für die Lebensmittelwirtschaften (Teuerungsindex) verzeichnet die "Industrie- und Handelszeitung" eine Steigerung in der ersten Woche 6,6, zweiten 7,9, dritten 13,0 und in der vierten 17,8 Prozent.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtshauszt. Dortmund.

Der Käffieschörer.

Am 2. Juni stand Lemke vor dem Essener Schöffengericht statt in der Alagschule der beiden Unionisten Hammer und Hermann gegen den Käffieschörer Schulz. Die beiden Unionisten, welche ihre Ehrenmärsche von der "Bürgerlichen Waffenjung" teilnahmen lassen wollten, führen sich durch den Artikel "Unionistische Käffieschörer" in Nr. 46 vom 18. November 1922 in ihrer "Ehre muss schwerste gefährdet". Hierzu scheint besonders Hermann sehr viel Urtheil zu haben, wohl deshalb weil er am 1. April 1921 keine Urtheile dazu hat, als ihm das Gericht bestätigte, daß der Beweis erbracht sei, er habe sich von der Zeche Taxis mit 4000 Mark befreien lassen und habe damit die Interessen seiner Kameraden geschädigt!

Die Gerichtsverhandlung kam nicht zur vollen Entwicklung. Bei den Käffieschörern und dem verdächtigen Käffieschörer blieb man zunächst hängen. Es wurde beschlossen, die Käffieschörer prüfen zu lassen und die Sache so lange einzuschieben.

Schuld erhebt Käffieschörer gegen Hermann. S. rechnete die "Union" vom 15. März verantwortlich, wohl deshalb, weil die rechtmäßigen Redakteure nicht die Verantwortung für einen Schimpfartikel übertraten: "Unionistische Käffieschörer und seines Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung übernehmen wollten. In diesem und einem weiteren Artikel werden Schuld und die Verbandsleitung beschimpft und der Beleidigung verdächtigt. Die Käffieschörer drohte den Herausgeber körperlich aus dem Häuschen. Er plante daran, doch er noch mehr beweisen könnte. Schuld wäre 1920 in einer Szene der Reichswacht gewesen. Hermann wird Gelegenheit zum Beispiel der Reichswacht bekommen. Den meisten Käffieschörern ist bekannt, daß Schuld 1920 Bergarbeiter im Bergarbeiter und Mitglied der Bergarbeiter-Landesversammlung gewesen ist.

Verleumdung.

Der Steiger Burghardt von Geestewindshausen hat Belegschaftsmitgliedern gegenüber geäußert, sie sollten doch nicht

für den Verband agitieren, denn dem Bezirksleiter Hansmann habe er in einer Versammlung ordentlich auf den Pelz geklopft. Dann sei ich (Hansmann) nachher zu ihm gekommen und hätte gefragt, in den Versammlungen müsse man schon so frechen, sonst solls man die Pisse nur in der Dummheit weiter laufen lassen. Als mir dieses mitgeteilt wurde, bin ich am 1. Mai 1923 auf der Geestewindshausen gewesen, um Burghardt darüber zur Rede zu stellen. S. der ich durch einen zuverlässigen Kameraden bestellten Ich, hatte auch versprochen zu kommen, hat aber dann den besseren Teil für sich erwählt und hat sich aus dem Staube gemacht. —

Als Mensch wollte ich versuchen, Burghardt zu veranlassen, diese aus den Fingern gesogene Versammlung vor den genannten Belegschaftsmitgliedern zurückzunehmen, dann hätte ich diese Möglichkeit als erledigt betrachtet. Es bleibt mir deshalb kein anderer Weg, als in die breite Oeffentlichkeit zu gehen.

Ich erkläre hiermit den Steiger Burghardt so lange für einen ehrlosen Verleumder und Schabschneider, bis er diese Lügen zurückgenommen hat. Heinrich Hansmann, Bezirksleiter.

Oberbergamtshauszt. Bonn.

Zum Lohnkampf im Siegerländer Erzbergbau.

Schon seit langer Zeit führen die Bergarbeiterorganisationen einen Kampf um eine bessere Verteilung der jeweils eingetretenen Lohnerschöpfung auf die Lohngruppen und Altersstufen. Durch den bisher üblichen Verteilungsmodus hat sich das Bild der Löhne zwischen den Gruppen und Altersstufen so verschoben, daß unfaire Spannen entstanden sind. Diese ungerechte Verteilung hat unter den Bergarbeiter berechtigte Verbitterung herverufen und eine Stimmung erzeugt, die bis zur Siebehlze gestiegen ist. Die in allen Verhandlungen an den Arbeitgeberverband gerichteten Anträge und Mahnungen, doch endlich den berechtigten Wünschen entsprochen zu lassen, sind wirkungslos geblieben. Der so vom Arbeitgeberverband eingenommene Standpunkt ist dazu angekommen, der Arbeiterschaft geradezu den Kampf aufzuzwingen. So und nicht anders ist die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes zu verstehen, wenn bei der Lohnverteilung für die Monate Mai und Juni weitere Verschlechterungen eingeführt werden sollen. Es muß als standhaft bezeichnet werden, wenn durch die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes weitere Lohnunterschiede geschaffen werden.

Ober ist es vielleicht gerecht, wenn der Gedingeearbeiter von 21, 22, 23 und 24 Jahren im Monat April 11 526 Mk. und der gelehrte Handwerker von 21—24 Jahren nur 9268—10 815 Mk. pro Schicht verdient, also 1210—2287 Mk. weniger wie der gleichaltrige Gedingeearbeiter Karllohn hat. Bei Girozurechnung des Gedingeerwerbtes vergrößert sich der Unterschied noch um soviel mehr. Noch viel größer tritt der Unterschied in folgenden Gruppen auf: Der Gedingeearbeiter von 18 Jahren hat einen Karllohn von 11 522 Mk. pro Schicht, die gelehrtene Handwerker von 18 Jahren verdienen 8168 Mk., das sind 5966 Mk. weniger. Und solche gewaltigen Unterschiede sollen in der jetzigen Zeit tragbar sein und noch vergrößert werden? Ober ist es gerecht, wenn der Gedingeearbeiter von 20 Jahren einen Karllohn von 11 522 Mk. und der ungelehrte Arbeiter von 20 J. 8334 Mk. gleich 3188 Mk. weniger pro Schicht verdient. Nicht viel besser steht es mit den über 24 Jahre alten Arbeitern. Der Hauerlohn betrug im Monat April ohne Gedinge